

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

17. Mai – 23. Mai 2025

Am 19. Mai 2025, fand zum achten Mal der „Choose France Summit“ statt. Beim diesjährigen Gipfel in Versailles nutzte Emmanuel Macron die Gelegenheit, um die Wirtschaftspolitik Frankreichs zu loben und neue ausländische Investitionen im Wert von 20 Milliarden Euro anzukündigen. Laut Élysée-Palast stellt dies einen Rekord dar. Unter den 53 Investitionsankündigungen befinden sich mehrere aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz (KI). So plant der US-Konzern Prologis Investitionen in Höhe von 6,4 Milliarden Euro für vier Rechenzentren in der Nähe von Paris sowie für neue Logistikflächen in Marseille, Lyon und Le Havre. Das amerikanische Unternehmen Cisco kündigte einen Dreijahresplan in Höhe von 100 Millionen Euro an, um unter anderem einen globalen Hub für KI zu entwickeln. Amazon wiederum plant, mehr als 300 Millionen Euro in neue Infrastrukturen zu investieren. Das US-amerikanische Unternehmen Circ will 450 Millionen Euro in den Bau einer Textilrecyclinganlage investieren. Im Verkehrssektor wird der deutsche Konzern Daimler Truck bis Ende 2026 92 Millionen Euro investieren, um seine Produktionsstätte für Elektrobusse zu erweitern. Neben Daimler Truck betreffen die Vorhaben drei weiterer Unternehmen auch Deutschland. Es handelt sich um EnBW, HY2GEN - H2V und Vorwerk.

**Die französische Nationalversammlung hat die Modalitäten für das Recht auf und die Beantragung von Sterbehilfe festgelegt.** Die Abgeordneten verabschiedeten am 17. Mai 2025 einen Schlüsselartikel, mit dem ein neues „Recht auf Hilfe beim Sterben“ geschaffen wird. Der am 21. Mai, abgestimmte Gesetzentwurf sieht vor, dass eine Person, die Sterbehilfe beantragt, dies bei einem Arzt tun muss, der in keinem Verwandtschafts- bzw. Beziehungsstatus zu ihr steht. Die Bitte des Patienten muss „schriftlich oder in einer anderen, seinen Fähigkeiten entsprechenden Form“ geäußert werden. Bereits am Tag zuvor hatte die Nationalversammlung darüber abgestimmt, volljährigen Französinnen und Franzosen, bzw. in Frankreich lebenden Personen das Recht auf Sterbehilfe zu gewähren, sofern sie an einer „schweren und unheilbaren Erkrankung“ im „fortgeschrittenen“ oder „Endstadium“ leiden, „physisches oder psychologisches Leiden“ erfahren und in der Lage sind, ihren Willen frei und nach Aufklärung zu äußern.

**Emmanuel Macron hat am 21. Mai einen Verteidigungs- und nationalen Sicherheitsrat einberufen, um einen Bericht der Inlandsgeheimdienste über die Muslimbruderschaft zu prüfen.** Diese Untersuchung, deren Ergebnisse als alarmierend gelten, wurde ursprünglich von Gérald Darmanin in Auftrag gegeben, als er noch Innenminister war, und von seinem Nachfolger Bruno Retailleau wieder aufgenommen. Die Bewegung wurde 1928 in Ägypten während der britischen Besatzung gegründet und verfolgte das Ziel, ein islamisches System nach den Regeln des Korans zu etablieren. Laut dem Élysée-Palast soll der Bericht auf die Gefahr eines schlechenden Islamismus aufmerksam machen, der die nationale Einheit gefährden könnte. Präsident Macron forderte die Regierung auf, bis Anfang Juni neue Vorschläge auszuarbeiten. Gleichzeitig erklärte Jordan Bardella, Vorsitzender des *Rassemblement National*, dass seine Partei im Falle eines Regierungswechsels die Muslimbruderschaft verbieten und als Terrororganisation einstufen würde. In Ländern wie Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien ist die Organisation bereits verboten und als terroristisch eingestuft. (Interview von Andreas Jacobs, Stellvertretender Leiter Analyse und Beratung sowie Leiter Gesellschaftlicher Zusammenhalt bei der KAS, zur Einordnung der Muslimbruderschaft im deutsch-französischen Vergleich in der französischen Tageszeitung *Le Point*: [hier lesen](#))

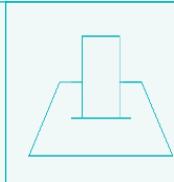
Nach dem Angriff am 21. Mai, bei dem zwei Mitarbeiter der israelischen Botschaft in den USA getötet wurden, forderte der französische Innenminister Bruno Retailleau am Donnerstag die Präfekten auf, die Überwachung jüdischer Einrichtungen in Frankreich zu verstärken. Dazu zählen Synagogen, Schulen, Geschäfte, Medien und kulturelle Veranstaltungen. In einem internen Schreiben wies der Minister darauf hin, dass die Sicherheitsmaßnahmen sichtbar und abschreckend sein sollen.

**Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot kündigte am Mittwoch, dem 21. Mai, an, den israelischen Botschafter in Frankreich einzubestellen.** Grund dafür sind „inakzeptable“ Schüsse der israelischen Armee auf Diplomaten im Westjordanland, darunter ein Franzose. „Bei einem Besuch in Jenin, an dem einer unserer Diplomaten teilnahm, wurde dieser von israelischen Soldaten beschossen. Das ist nicht hinnehmbar. Der israelische Botschafter wird einbestellt, um sich zu erklären. Volle Unterstützung für unsere Agenten vor Ort und ihre hervorragende Arbeit

unter erschütternden Bedingungen", schrieb der Minister auf X. Der Vorfall ereignete sich am frühen Nachmittag in der Nähe des Flüchtlingslagers von Jenin. Jenin ist eine Stadt, die im Zentrum einer großen israelischen Militäroffensive gegen bewaffnete palästinensische Gruppen im Norden des Gebiets steht.

Am 21. Mai hat das französische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das unerwünschte Telefonwerbung grundsätzlich verbietet und Maßnahmen gegen Betrug mit staatlichen Beihilfen verschärft. Die Regelung verbietet ab dem 11. August 2026 jede Telefonwerbung ohne vorherige, eindeutige Zustimmung des Verbrauchers. Besonders betroffen sind Bereiche wie energetische Gebäudesanierung oder Wohnraumanpassung. Ausnahmen wurden, trotz Forderungen aus der Wirtschaft, nicht zugelassen. Der zweite Teil des Gesetzes betrifft den Kampf gegen Subventionsbetrug. Behörden können künftig Beihilfezahlungen aussetzen, wenn Hinweise auf Betrugsabsicht bestehen. Die Ermittlungsbefugnisse werden erweitert, Sanktionen verschärft. Organisierter Betrug gegen den Staat kann nun als Verbrechen mit bis zu 15 Jahren Haft geahndet werden. Die Regierung erhofft sich von diesem Gesetz zusätzliche Einnahmen von bis zu 2 Milliarden Euro jährlich.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der neue Vorsitzende der bürgerlich-konservativen Partei *Les Républicains* heißt **Bruno Retailleau**. Der aktuelle Innenminister setzte sich deutlich gegen seinen Kontrahenten Laurent Wauquiez, den aktuellen Fraktionsvorsitzenden der Partei in der Nationalversammlung, durch. Bei der Wahl am vergangenen Wochenende konnte Retailleau 74,3 % der Stimmen auf sich vereinen. Im Anschluss an seine Wahl sagte Retailleau, die LR seien nun in der Lage, ein „Projekt für die Präsidentschaftswahlen“ im Jahr 2027 zu tragen. In einem Interview mit Le Parisien kündigte Bruno Retailleau außerdem die Ernennung von François-Xavier Bellamy zum Vizepräsidenten der Partei an. Othman Nasrou, sein Wahlkampfleiter, wird Generalsekretär. Er übernimmt das Amt von Annie Genevard, der derzeitigen Landwirtschaftsministerin. Sie hatte zuvor den Wunsch geäußert, sich von dieser Funktion zurückzuziehen.

## DIE ZAHL DER WOCHE

1,5 Milliarden

3	8	4	7
0	2	6	5
5		3	1
7	4	9	2
9	8	2	0

Der französische Staat hat sich zum Ziel gesetzt, die Investitionen in das Schienennetz bis 2028 jährlich um **1,5 Milliarden** Euro zu erhöhen. Laut Jean-Pierre Farandou, dem Chef der französischen Bahn SNCF, ist dieser Betrag notwendig, um das Schienennetz in seinem aktuellen Zustand zu erhalten. Andernfalls käme es laut Farandou zu einer Negativspirale mit 4.000 km beschädigter Strecken ab 2028 und 10.000 km im Jahr 2032 sowie entsprechenden Pannen und Verspätungen. Die SNCF rechnet bereits mit jährlichen Kosten von fast drei Milliarden Euro und hat sich verpflichtet, weitere 500 Millionen Euro zu investieren. Um das angekündigte Ziel zu erreichen, muss also noch eine Milliarde Euro aufgebracht werden. Die SNCF schlägt vor, die anstehenden Verhandlungen um die Autobahnkonzessionen zu nutzen, um einen Teil der Finanzierung des Schienennetzes in diese zu integrieren. Zudem schlägt die SNCF vor, die Neugestaltung des europäischen Emissionshandelssystems zu nutzen, um einen Teil der erwarteten Einnahmen von fünf Milliarden Euro für Frankreich ab 2027 in die Verkehrsinfrastruktur fließen zu lassen. Alternativ könnte die Finanzierung aus dem Staatshaushalt erfolgen. Farandou schlug außerdem vor, wieder eine Art Ökosteuer auf ausländische Lkw einzuführen, die Frankreich durchqueren.